

Veranschaulichungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Regierungskrise in Schweden.

Parlamentmehrheit gegen Arbeitslosenbeschütz.

Stockholm, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch kamen beide Kammern des Reichstags nach langer Debatte zur Abstimmung über den Mißbilligungsantrag der bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratische Regierung wegen ihrer Auslegung und Anwendung des Arbeitslosengesetzes im Stripa-Konflikt...

Vormittags wird gemeldet: Die Regierung hat heute dem König ihre Demission überreicht. Der König ersuchte die Minister, vorläufig die Geschäfte weiterzuführen und beauftragte das Mitglied des Reichsbankdirektoriums E. G. Ekman, die neue Regierung zu bilden.

Es war Ende Januar 1925, als schwere Krankheit den alten Vorkämpfer der schwedischen Sozialdemokratie, unseren seitler verstorbenen Genossen Hjalmar Branting, zur Niederlegung seines Amtes als Ministerpräsident zwang. Er blieb jedoch noch einige Zeit Mitglied des Kabinetts...

Der Rücktritt Brantings war also nicht die Folge politischer Ereignisse und die sozialdemokratische Minderheitsregierung, die sich nur auf die stärkste Partei des Abgeordnetenhauses, aber nicht auf eine Mehrheit stützen konnte, blieb auch weiter im Amt. Zu jener Zeit stand die Neuordnung

der Wehrverfassung, d. h. eine starke Herabsetzung der Militärausgaben im Vordergrund. Das Problem der Auslegung und Handhabung der Arbeitslosenversicherung spielte damals noch nicht jene beherrschende Rolle, die es in den letzten Tagen angenommen hat. Wir haben in der vorigen Woche schon darüber berichtet, daß beide bürgerliche Parteien, Konservative wie Liberale, im Hauptauschuß des Reichstages einen heftigen Kampf gegen die Regierung eröffneten, weil sie an jener Bestimmung des Arbeitslosengesetzes von 1922 festhielt, daß einem Betrieb, der „allgemein“ bestreikt wird, Arbeitslose zur Arbeit nicht zuzuweisen sind...

Konflikt in der Abrüstungskommission.

Sollen die Reservisten als Friedensrüstung mitgezählt werden?

Genf, 2. Juni. (EP.) Das militärische Unterkomitee der Abrüstungskommission hat sich gestern nachmittag bei der Frage, was unter Friedensrüstung zu verstehen ist, die als Grundlage der Abrüstung angesehen werden könne, in einer sehr wichtigen Einzelfrage nicht einigen können. Während die Sachverständigen Frankreichs und Japans die Reservisten nicht in den Begriff der Friedensrüstung einbeziehen wollten, verlangte der Sachverständigen der Vereinigten Staaten, daß sämtliche Reservemanschaften gezählt werden müßten...

Nach einem Bericht der „B. J.“ aus Genf hat diese Meinungsverschiedenheit zu einem ersten Konflikt in der Kommission geführt. Den französischen und japanischen Standpunkt vertritt auch Italien, während die amerikanische These auch von Deutschland unterstützt wird. England verjuche durch einen Vermittlungsantrag zu vermitteln.

Krach im Opiumauschuß.

Zwischen England und China.

Genf, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Opiumkommission des Völkerbundes kam es am Dienstag zu einem außerordentlich scharfen Zusammenstoß zwischen dem englischen und chinesischen Delegierten. Der Vertreter Englands erhob gegen China heftige und ziemlich derbe Vorwürfe wegen der Einfuhr von 200 Kilogramm Morphinium aus Deutschland auf Grund eines Einfuhrscheines der chinesischen Regierung. Die Einfuhr war für medizinische Zwecke (!) gedacht. Die Antwort des Vertreters Chinas fiel in ungewohnter Schärfe aus. England vergrößerte mit seiner Herabsetzung von Morphinium und Kokain die ganze Welt und wolle nur den gesamten Weltmarkt mit diesen Giften an sich reißen. In Genf veritete es unter der Maske der Menschheitsfreundlichkeit den Schutz vor dem Opiumlasten. Die antienglischen Gefühle in China würden jeden Tag stärker und kein Chinese würde mehr geachtet, der sich noch als Freund Englands ausbebe. Nach diesem scharfen Zusammenstoß wurde die Sitzung abgebrochen.

Wirtschaft vor allem!

Die dringendste Aufgabe Polens.

Der Warschauer Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ schreibt, daß die vorläufige polnische Regierung Barzel in den nächsten Tagen einen Triumvirat, bestehend aus Pilsudski, Moscicki und Ministerpräsident Barzel weichen werde. Dieses Triumvirat werde innerhalb der nächsten zwei Wochen vom Parlament außerordentliche Vollmachten verlangen, um die Sanierung Polens auf allen fronts- und wirtschaftspolitischen Ge-

bielen durchzuführen. Das Sanierungsprogramm werde in kurzer Zeit dem Sejm vorgelegt werden, der nach Gewährung außerordentlicher Vollmachten für Staatspräsident und Regierung sich auf mehrere Monate vertagen solle. Im Vordergrund der kommenden Maßnahmen stehe die rascheste Beendigung des Zollkrieges mit Deutschland und der Abschluß von Handelsverträgen mit Deutschland und Rußland.

Warschau, 2. Juni. (WB.) Die Stadt prangt seit gestern abend im Flaggenschmuck, um die Wahl Ignaz Moscickis zum Präsidenten der Republik zu feiern. Die Organe der Linken äußern sich mit ruhiger Freundlichkeit, die der Rechten mit ebensolcher Zurückhaltung. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawaska Poranna“ betont, Moscicki sei der Kandidat Pilsudskis, der unter Androhung der Peitsche die Wahl eines seiner Verehrer würdigen Mannes geordert habe. Da nunmehr der frühere Präsident und die bisherige Regierung vollkommen vom Schauplatz der Ereignisse verschwunden sind, sei es jetzt an der Zeit, daß Warschau Pilsudski mit seinen politischen, finanziellen und sozialen Problemen auf den Plan tritt.

Drei Fragen.

Wer hat die Putschpläne der Rechten verraten?

Ministerialdirektor Abegg, der gestern im preussischen Landtag über die Putschpläne der Claß und Konsorten berichtet hat, gilt in allen Kreisen als ein hervorragender Fachmann. Die Art, wie die Rechte diesen Mann niederzubrechen versuchte und noch mehr die verlogene Berichterstattung der gesamten Rechtspresse über die gestrigen Verhandlungen zeigen, wie notwendig es ist, daß die preussische Regierung das Verbrechen aufdeckt. Die „Deutsche Zeitung“ beschimpft heute in ihrer maßlosen Wut die Männer, die rechtzeitig auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht haben, als „Denunzianten“. Abegg hat sich gestern geweigert, die Namen zu nennen. Heute richtet die „B. J.“ an ihn folgende Frage:

1. War einer der ersten, die auf die drohende Gefahr aufmerksam machten, ein hervorragender Parlamentarier desentrums?

2. Ist es richtig, daß der prominente Führer einer Rechtspartei, der zu scharfem Vorgehen gegen die Verschworenen aufforderte, ein führender Parlamentarier der Volkspartei war?

3. Ist es richtig, daß der Mann, der bei der Untersuchung erklärte: „Wenn es gegen Berlin geht, bin ich der erste, der losmarschiert“, der Freiherr v. Cüninck war?

Freiherr v. Cüninck, der in der unerschämtesten Weise den Staatssekretär Meister — übrigens einen Volksparteiler — öffentlich der Lüge bezichtigt hat, wird sich sowieso wegen seines Verhaltens noch zu verantworten haben. Daß die Versicherung über die Beteiligung am „Marsch gegen Berlin“ von ihm stammt, ist offenes Geheimnis. Weder das Gedrüll der Rechten im Landtag, noch die lägenhafte Berichterstattung der Rechtspresse wird auf die Dauer die Wahrheit unterdrücken können. Und Wahrheit ist, daß in den Kreisen der Rechten die hirnverbranntesten Pläne bis zu der famosen Hängenotverordnung des Herrn Claß ernsthaft erwogen werden. Die Herrschaften haben in diesem Falle die Rechnung nur ohne die preussische Staatsregierung gemacht, die, solange sie am Ruder ist, ihnen keine Möglichkeit geben wird, ihre Putschabsichten zu verwirklichen.

Lohnabbau im Baugewerbe.

Entscheidungen des Schiedsgerichts.

Wie erinnerlich, haben Ende März und am 1. April vor einem zentralen Schiedsgericht für das Baugewerbe Lohnverhandlungen stattgefunden. In fast allen Bezirken Deutschlands hatten die Bauunternehmer bei diesen Schiedsgericht Anträge auf starken Lohnabbau gestellt. Das Schiedsgericht willfahrte diesen Ansinnen der Bauunternehmer in drei großen Lohnbezirken, in Bayern, Württemberg und Hessen-Rassau, im übrigen verwies es die Anträge aus den übrigen Bezirken zur nochmaligen Verhandlung an die Bezirke zurück. Falls man zu keine Einigung kommen würde, sollte durch das zentrale Schiedsgericht endgültig entschieden werden. In keinem Bezirk kam es — wie leicht voraussehen war — zu einer Einigung. Folglich hatte das zentrale Schiedsgericht, das vom 27. Mai bis zum 1. Juni tagte, nunmehr die Entscheidung.

Die Bauunternehmer und deren Syndikate hatten mit Rücksicht die Zwischenverhandlungen zum Scheitern gebracht, weil sie nach den bisher gefällten Schiedssprüchen volles Vertrauen zu dem „unparteiischen“ zentralen Schiedsgericht hatten. In ihren Erwartungen wurden sie nicht getäuscht. Allerdings ging das zentrale Schiedsgericht nicht auf die bis in die Puppen gehenden Abzugsgelüste der Bauunternehmer ein, aber es kam ihnen wenigstens auf halbem Wege entgegen.

Aus den Verhandlungen sei erwähnt, daß die Syndikate der Unternehmer wieder ihre alten Paradesperde vorritten. Wieder hieß es wie im März, die „hohen“ Bauarbeiterlöhne verhinderten das Bauen. Ein Unternehmervertreter erklärte die Löhne seien „geradezu erschreckend“. Man müsse die Bauarbeiterlöhne gegenüber der Schwerindustrie „legitimieren“, d. h. also, die Eisenlöhne werden nicht eher zu bauen geruhen bis die Bauarbeiterlöhne den Hungerlöhnen in der Industrie „angepaßt“ sind. Die Lohnabzüge seien unbedingt nötig im Interesse der „Wirtschaft“, sonst könne die Bautätigkeit nicht „angekurbelt“ werden. Die Bauarbeiter könnten sehr wohl mit niedrigeren Löhnen vorlieb nehmen, zumal ja die Industriearbeiter bei weitem niedrigere Löhne hätten, auch seien die Bauarbeiter jetzt in der „glücklichen“ Lage, gleich gewöhnliche erwerbslosen Sterblichen Erwerbslosenunterstützung zu verpfaffen, ferner beweiße der Reichsindex klar und eindeutig die „Ungerechtigkeit“ der früheren Lohnerhöhungen im Baugewerbe.

Die Vertreter der Bauarbeiter wiesen nach, daß ein Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne auf die Bauwirtschaft keinerlei Einfluß habe, denn selbst bei einer Herabsetzung der Stundenlöhne um 5 Pf. würde sich eine mittlere Wohnung, 1000 Bauarbeiter-Stundenlöhne gerechnet, nur um 50 Mt. billiger stellen. Dies ist eine völlig belanglose Summe, die außerdem noch erfahrungsgemäß verschwinden dürfte und zwar in den Taschen der Bauunternehmer und Baustofflieferanten. Falls also Lohnabzüge stattfänden, würde auch nicht ein Stein mehr vermauert. Im Vergleich mit den Hungerlöhnen der Industriearbeiter ist nicht am Plage. Die Industriearbeiter erhalten vielfa soziale Zulagen, Leistungsprämien, Affordzuschläge, Ferien hätten weit mehr mit dauernder Beschäftigung zu rechnen und zwar im gleichen Betriebe am gleichen Standort, während der Bauarbeiter keinerlei Vergünstigungen genießt, vielfa wegen Regen und vor allem auch im Winter aussehen muß er ist heute hier, morgen dort beschäftigt, er braucht vielfa doppelten Haushalt und besonders Fahrgehd.

Trotz aller guten Gegengründe der Arbeitervertreter kam das zentrale Schiedsgericht in fast allen Lohnstreitfragen zu einem Lohnabbau. Heiß umstritten wurde wieder der Zentralstreik der deutschen Schwerindustrie, der große Lohngebiet Rheinland-Westfalen. Entschieden wurde in den Hauptlohngebieten des Rheinlandes auf eine Lohnabbau um 2 Proz., im Restgebiet dieser Provinz um für Westfalen um 5 Proz. Lohnabbau. Man merkt deutlich die untertänige Verbeugung des Schiedsgerichts vor den Industriefürstlingen der westfälischen Industriegebiete.

Im Lohngebiet Sieg-Lahn verlangten die Unternehmer 20 Proz. Lohnabbau! Damit wurden sie abgewiesen. Es wurde ihnen aufgegeben, zunächst erst einmal dafür zu sorgen, daß von den Unternehmern der früher Schiedspruch durchgeführt wird.

Für das Rahegebiet verlangten die Unternehmer sogar 25 Proz. Lohnabbau. Ihre Anträge versielen der Ablehnung.

Für Hessen-Rassau sollten nach früherem Schiedspruch die Unternehmer besondere bessere Löhne für Stein und Kalkträger anerkennen; dies wollten sie nicht, daher wurden die Bauhilfsarbeiterlöhne allgemein um 4 Pf. über den letzten Schiedspruch erhöht.

Die Provinz Brandenburg (außer Berlin) behielt die alten Löhne in der ersten Lohnklasse, büßte jedoch in der zweiten Lohnklasse 2 Pf., in der dritten Lohnklasse 5 Pf. Lohn ein.

Im Lohngebiet Grenzmark blieben in der ersten und zweiten Lohnklasse die alten Löhne bestehen, in Lohnklasse III wurden die Stundenlöhne um 2 Pf. abgebaut.

Auch für Schlesien wurden mit Ausnahme für den Bezirk Grünberg teilweise Lohnherabsetzungen ausgesprochen, nur in Oberschlesien, das besonders schlechte Löhne aufweist, wurden im Städtegebiet 2 Pf. zugelegt, dafür aber in Landgebiet 2 Pf. abgebaut.

In Thüringen erlitten eine Anzahl Orte Lohnabzüge von 2 und 3 Pf. die Stunde.

Für Hannover hatten die Unternehmer besonders schwere Lohnabzüge beantragt. Abgebaut wurden die Löhne in den unteren Klassen. Dadurch kommt es zu dem unhaltbaren Zustand, daß in Teile Osthanovers ein Maurer oder Zimmerer 71 Pf. Stundenlohn erhält, während im vier Meilen davon entfernten Harburg dem Maurer 1,28, dem Zimmerer 1,30 Mk. als Stundenlohn gezahlt werden.

Im Bezirk Braunschweig bleibt für die Stadt Braunschweig der Facharbeiterlohn der alte, sonst aber wurden im Bezirk Braunschweig die Facharbeiter-, Hilfs- und Tiefbauarbeiterlöhne um 1 bis 7 Pf. gekürzt.

Der Entscheid für Pommern wurde vertagt. Hier stellten sich besonders starke Tarifverträge der organisierten Unternehmerschaft heraus. Es wurde den Parteien aufgegeben, zunächst noch einmal in Steintin zu verhandeln; falls man sich nicht einigt, wird das zentrale Schiedsgericht am 15. Juni endgültig entscheiden.

Dies in kurzen Strichen das Ergebnis der fünf Tage währenden Schiedsgerichtsverhandlungen. Es wurde auch noch über andere Lohngebiete verhandelt, jedoch sind die Ergebnisse weniger von öffentlichem Interesse.

Man fragt sich, welchen Sinn und Zweck ein solcher Lohnabbau haben soll. Und da kommt man zu dem Schluß, daß dieser Lohnabbau, der ja nur einen kleinen Ausschneid darstellt aus dem tendenziös zugespitzten Lohnabbau-begehren des deutschen Unternehmertums überhaupt, vollkommen wirtschaftlicher Unsinn ist. Auch nicht ein Haus wird durch diese Lohnabzüge mehr gebaut werden. Auch liegt in dem Lohnabbau-begehren der Bauunternehmer insofern weder Sinn noch Verstand, weil sie jeden Lohn abbauen wollen, weil ihnen jeder Lohn zu hoch ist. Ob da 1,20 Mk. oder 40 Pf. Stundenlohn gezahlt wird — die Bauunternehmer verlangen Lohnabbau in jedem Falle. Und dabei ist zu beachten, daß jeder Lohnabbau die Kaufkraft der Massen noch weiter herabdrückt und damit die Wirtschaftskrise verewigt.

Man muß schon in das politische Gebiet steigen, um für einen solchen Lohnabbauwahn die Erklärung zu finden. Jahrelang betreiben die Schwarzweißer und Hakenkreuzler die Kautschopfenpolitik. Es führt eine Linie von Graese und Reventlow bis zu Hugenberg. Es gilt der Verelendung der Massen, es gilt Unruhe zu schaffen, es gilt Verzweigungsausbrüche zu provozieren, um in Deutschland nach dem Muster Mussolinis „Ruhe“ zu schaffen. Fort mit den Parlamenten, fort mit der Reichsverfassung, fort mit jedem Arbeiterrecht, fort mit allen sozialen Einrichtungen, an die Wand mit dem, der wider den Stachel der deutschen Schwarzhemden läßt!

Doch die deutschen Arbeiter werden wachsam sein. Sie werden dafür sorgen, daß die Bäume der falschistischen „Erneuerer“ Deutschlands nicht in den Himmel wachsen. Sie werden die Republik zu verteidigen verstehen. Und besonders die deutschen Bauarbeiter werden am 20. Juni beim Volksentscheid die Reaktionen für ihre volksfeindlichen Bestrebungen die erste Quittung erteilen. Im übrigen mögen die Arbeiter ihre Organisationen stärken, um stets bereit zu sein und um die Unternehmer zur wirtschaftlichen Vernunft zu zwingen.

Die Steuerscheu der Großagrarien.

Der Landarbeitersturm auf das Finanzamt.

Das Steuerzettel erweckt bei keinem Staatsbürger besondere Freude, am wenigsten bei den Herren von Er und Holm. Wo es ihnen möglich ist, sich von der Zahlung zu drücken, tun sie es mit besonderem Vergnügen.

Zu denen, die so handelten, gehört auch der Rittergutsbesitzer in Bokellen, Kreis Gerdaun, Herr Landespräsident Dr. jur. Steputtat. Eines Tages wurde sein Verhalten dem Finanzamt in Gerdaun doch zu viel und es ließ bei dem Besizer einige Pachteinnahmen pfänden. Diese „Frechheit“ konnte sich Herr St. nicht gefallen lassen. Er nahm deshalb auch Rache. Da

es ihm etwas riskant erschien, persönlich beim Finanzamt um Freigabe der gepfändeten Einnahme vorstellig zu werden, kam er auf den Einfall, den Arbeiter einfach den Lohn mit der Erklärung vorzuenthalten. Sie sollten sich denselben vom Finanzamt holen, da er nach Pfändung der Pachteinnahmen kein Geld mehr habe. Die Arbeiter weigerten sich, worauf der noble Herr einfach die Verfügung erließ, daß ein Teil der Landarbeiter zum Finanzamt zu fahren und dort die Freigabe der gepfändeten Einnahmen zu fordern hat. Unterwegs scheuten die Pferde, der Wagen wurde gegen einen Baum gefesselt und ein Deputant wurde erheblich verletzt. Die Arbeiter fuhren darauf zurück, ohne nach Gerdaun gekommen zu sein. Das gestiefelte St. nicht, weshalb er am nächsten Tage eine neue Fahrt anordnete. Er selbst empfing die Leute am Finanzamt, um ihnen die notwendigen Instruktionen zu erteilen. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die Arbeiter darüber aufgeklärt, daß die Lohnzahlung mit der Pfändung nichts zu tun habe und man riet ihnen, nach Hause zu fahren. Trotzdem hatte Herr St. erreicht, was er wollte, nämlich den Schein zu erwecken, als wenn auch unter den Landarbeitern eine starke Empörung über das an sich ganz gerechtfertigte Vorgehen des Finanzamts herrsche. Durch alle deutschen Blätter Ostpreußens und wahrscheinlich auch des Reichs geht nun die Rar von dem „Sturm der Landarbeiter“ auf das Finanzamt in Gerdaun und von der ungerechten Steuerforderung des Staates gegenüber den „armen Großagrarien“.

Der Landarbeitersturm hatte aber anscheinend nicht den genügenden Erfolg gebracht, was Herr St. als Führer des Landwirtschaftsverbandes des Kreises Gerdaun Veranlassung gab, die Landwirte des Kreises zu mobilisieren. Sie wurden vor einigen Tagen zu einer großen Versammlung zusammengerufen, um gegen die Rigorosität des Finanzamts zu protestieren. Bieleicht trug sich Herr St. auch mit der Absicht, die Versammlungsteilnehmer gleichfalls auf das Finanzamt loszuheben. Der Verlauf der Versammlung läßt das wenigstens vermuten. Es wurde der Antrag gestellt und angenommen, einen „Aktionsausschuß“ zu bilden, der über die zu unternehmenden Schritte Beschluß zu fassen hat, da endlich gehandelt werden müsse, und der Vorschlag gemacht, geschlossen zum Finanzamt zu ziehen, und Herabsetzung der Steuern zu fordern. Besonders der letzte Vorschlag wurde, wie nach den vorangegangenen Referaten nicht anders zu erwarten war, mit höchster Begeisterung aufgenommen, so daß nach dem Bericht des Landwirtschaftsverbandes der Vorsitzende nur schwer in der Lage war, den „Aufmarsch vor dem Finanzamt“ zu verhindern. In der Versammlung rühmte sich Herr St. damit, daß er schon jahrelang keine Steuern gezahlt habe und seine Berufskollegen ebenso handeln müssen.

Es ist notwendig, daß die Staatsbehörden und gegebenenfalls der Staatsanwalt auch den Vorgängen im Kreise Gerdaun ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Die Aufmerksamkeit ist dort um so berechtigter, als feststeht, daß das Organ des Landwirtschaftsverbandes in Ostpreußen merkwürdig oft direkt und indirekt zur Selbsthilfe, zum „Wingersturm von Berncafel“ aufgefordert hat.

Was ist verfassungsmäßig?

Gesekentwurf für die Einsetzung eines Staatsgerichtshofs.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Rüfz, veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ eine Darstellung des in seinem Ministerium ausgearbeiteten Gesekentwurfs „Ueber die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschlägen des Reichsrechts“. Danach soll für alle diese Fragen als entscheidende Instanz der Staatsgerichtshof eingesetzt werden, der sich für diese Fälle aus dem Präsidenten des Reichsoberverwaltungsgerichts, drei Räten des Reichsgerichts und drei Räten des Reichsoberverwaltungsgerichts zusammensetzt. Der Gerichtshof soll sowohl eine entscheidende wie auch eine gutachtende Tätigkeit haben.

Bisher hat es keine Instanz gegeben, die die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines zustande gekommenen Gesetzes endgültig klärt. Nach dem tatsächlich geübten Verfahren entschied bisher darüber die Reichsregierung. Wurde ein vom Reichstag mit einfacher Majorität beschlossenes Gesetz ordnungsgemäß mit der Unterschrift des Reichspräsidenten und eines Reichsministers ver-

funden, so galt dadurch der Einwand des verfassungsändernden Charakters als erledigt. Jetzt soll der neu zu bildende Staatsgerichtshof vom Reichstag, vom Reichsrat oder auch von der Reichsregierung in vierfacher Hinsicht angerufen werden können. 1. soll er prüfen, ob ein Gesetz nach den Vorschriften der Reichsverfassung rechtsgültig zustande gekommen und verkündet ist, 2. ob der Inhalt des Gesetzes der Reichsverfassung widerspricht, 3. ob die Vorschriften für verfassungsändernde Gesetze beachtet worden sind, 4. soll der Staatsgerichtshof vor Erlass eines Gesetzes von den betreffenden Stellen um Erstattung eines Gutachtens ersucht werden können. Danach würde also in Zukunft nicht der betreffende Sachbearbeiter des Reichsjustizministeriums, sondern dieser Staatsgerichtshof ein Gutachten (z. B. über die Fürsteneignung) zu erstatten haben.

Außerdem ist beabsichtigt, auch den Organen der Rechtsprechung den Weg zu diesem Gerichtshof zu öffnen. Ein möglichster oder einziger Rechtsweg entscheidendes Gericht soll die Möglichkeit erhalten, unter Aussetzung des Verfahrens auf einen Monat bei der Reichsregierung eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die verfassungsmäßige Rechtsverbindlichkeit eines Gesetzes zu beantragen. In dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof soll eine mündliche Verhandlung stattfinden, falls sie von einem der Beteiligten beantragt wird.

Soweit die Angaben des Reichsinnenministers über den Inhalt des beabsichtigten Gesekentwurfs. Ueber seine Einzelheiten wird zu sprechen sein, wenn der Entwurf selber vorliegt. Schon jetzt ergibt sich, daß diesem neuzubildenden Staatsgerichtshof ganz ungewöhnlich wichtige Funktionen in die Hand gegeben werden sollen. In vielen Fällen werden hier hochgestellte Richter tatsächlich in die Lage versetzt, die wichtigsten politischen Entscheidungen nach ihrem „richterlichen Ermessen“ zu beeinflussen. Es wird sehr wesentlich von den Einzelheiten des Entwurfs abhängen, ob man einen solchen Weg bei dem berechtigten Mißtrauen gegen das „richterliche Ermessen“ wird beschreiten können.

Eine Kampfschrift zum Volksentscheid.

Die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstr. 6, läßt soeben die bekannte Schrift des Genossen Kurt Heinig „Fürstenabfindung? Ein Lesebuch zum Volksentscheid“ in neuer Bearbeitung wieder erscheinen. Heinigs Schrift gibt auf 64 Seiten in stofflicher Form alles wieder, was man zum Kampf für die Fürsteneignung wissen muß. Die Broschüre kostet 50 Pf., sie wird den Organisationen zum Selbstkostenpreis von 38 Pf. zur Verfügung gestellt.

Abd el Krim vors Kriegsgericht?

Wegen Ermordung Gefangener.

Paris, 2. Juni. (TL.) Wie die Blätter aus Fes melden, wird Abd el Krim voraussichtlich in den nächsten Tagen dorthin gebracht werden. In Targuist sind jetzt 250 Krieger in Haft, die während an der Aufstandsbewegung beteiligt waren und sich den Franzosen unterworfen haben. Die „Chicago Tribune“ aus Fes berichtet, beabsichtige die spanische Regierung, Abd el Krim unter Anklage zu stellen, weil er den Tod von 22 spanischen gefangenen Offizieren verschuldet haben soll. Die spanische Regierung behauptet, die Offiziere seien mit dem Bajonett niedergemacht worden. Auch andere Führer der Kistruppen sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Es wird behauptet, die Spanier würden zwar nicht die Verhängung der Todesstrafe, wohl aber längere Gefangenschaft verlangen, die in einem spanischen Militärgefängnis verbüßt werden müßte.

London, 2. Juni. (TL.) Wie der „Daily Telegraph“ aus Tanger meldet, hat die spanische Regierung nochmals die Auslieferung Abd el Krims gefordert. Sie begründet dies damit, daß Abd el Krim früher in spanischen Diensten gestanden habe und infolgedessen als ein Aufständischer betrachtet werden müsse. Seine Unterwerfung unter die Franzosen sei keine persönliche Angelegenheit, da er nicht mehr im Namen der Krieger mit Frankreich Frieden schließen könne. Die Auslieferung an Spanien sei aber schon deswegen notwendig, weil er die spanischen Gefangenen sehr schlecht behandelt habe.

Krise im „B. V. B.“

Im Organ der christlichen Gewerkschaften, in Adam Stegerwalds Tageszeitung „Der Deutsche“, erschien Dienstag ein Leitartikel mit der Ueberschrift „Die Krise im B. V. B.“

„B. V. B.“ — das heißt „Bühnenvolksbund“. Der Bühnenvolksbund wurde 1919 gegründet, um den „Volksbühnen“ und „Freien Volksbühnen“ das Wasser abzugraben; er setzte es sich zum Programm, gleich ihnen die Massen des Volkes zu organisierten Theaterbesuchern zu machen; aber nicht, um eine Brücke zwischen ihnen und der Kunst schlechthin zu schlagen; sondern „zur Pflege der Kunst im christlich-deutschen Volksgeist“.

Er wandte sich mit seiner Propaganda zunächst vornehmlich an die unter katholisch-kerikalem Einfluß stehenden Kreise. Dann fand er aber auch beim deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (der ursprünglich eine eigene „Deutsche Bühne“ durchzuführen suchte) die langgestreckte Gnade und damit stärkeres Interesse im protestantisch-reaktionären Lager.

Und siehe da: Nun kommt ein Blatt, das von einem führenden Zentrumsabgeordneten herausgegeben wird und das obendrein zugleich in enger Verbindung mit dem Deutschen Handlungsgehilfenverband steht, polart eine „Krise“ innerhalb der Organisation heraus und richtet scharfe Angriffe gegen ihre Leitung. Eine Tatsache, an der man nicht schweigend vorbeigehen kann. Um so weniger, als der Bühnenvolksbund im Kulturleben immerhin etwas bedeutet. Zwar: — für die „Freien“, d. h. einer freien Kunst dienenden Volksbühne ist er erfreulicherweise nie und nirgends eine Gefahr geworden; seine vielleicht 100 000 bis 150 000 Mitglieder bedeuten neben den 550 000, die der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine vereinigt, nicht allzuviel. Trotzdem: — er mußte von sich reden zu machen, er gewann Einfluß auf Theater und Behörden, er konnte eigene Unternehmungen ins Leben rufen (die freilich zum guten Teil auch schon wieder zusammenbrachen), er verstand es, über seine eigentliche Bedeutung hinaus etwas zu „scheinen“.

Der Artikel des „Deutschen“ will nicht mehr und nicht weniger, als den eigentlichen Gründer und derzeitigen Leiter des Bundes, den ehemaligen Generalsekretär und jetzigen Generaldirektor Wilhelm C. Gerst, zu Fall zu bringen. Er wirft ihm vor, daß er der Organisation nie Zeit zum inneren, organischen Wachstum, zur geistigen Konsolidierung gelassen, sondern ihn „von einem Experiment ins andere, von Abenteuer zu Abenteuer“ getrieben habe; Herr Gerst sei dem Bund kein geistiger Führer gewesen, habe aber auch nicht die Großzügigkeit und die Liebe zu seiner Gründung gehabt, ihr die geistige Entwicklung freizugeben. Seine „ausschließliche Organisationsmethode“ habe die Organisation immer mehr auf eine ungeistige Ebene gezogen, in eine dauernde Unruhe und in einen verwirrenden Zwiespalt getrieben. Das Ausmaß dieser Unruhe deutet der anonyme Verfasser mit den Worten an: „Durchsichtige Personalpolitik, eine interne Bundesarbeit, die nur in Auseinandersetzungen mit den autoritären Willkür des Generaldirektors und Versöhnungsaktionen mit der jesuitisierenden Opposition besteht.“ Herr Gerst sei bewundernswert in seiner „organisatorischen Geschicklichkeitsakrobatik“. Aber es geht nicht an, daß der Bund „Objekt seines Ehrgeizes“ bleibt,

Der Artikel ist wichtig als Symptom und ausschlufreich in seinen Andeutungen über gewisse innere Vorgänge in der Organisation. Er trifft auch den Nagel auf den Kopf, wenn er betont, wie sehr zu jeder Zeit die Formel „Bühnenvolksbund gleich Gerst“ Geltung hatte. Aber die vorhandene geistige Stagnation, die diesen ominösen Schwierigkeiten fallen am Ende doch nicht nur der Person dieses Allmächtigen zur Last. Sie liegen im inneren Prinzip, im Programm des Bundes. Wie kann sich gelundenes geistiges Leben entwickeln, wenn die Kunstpflege bewußt in den Dienst einer von der wirtschaftlichen Entwicklung längst überholten, von kirchlichen Dogmen beherrschten Weltanschauung gestellt wird? Wenn dann gar, um „Rassen“ zu bekommen, der Versuch unternommen wird, die Verfechter eines möglichst-neuromantischen Katholizismus mit den Propagandisten einer handfesten protestantischen Junkermoral und einer echt völkischen Judenfeinderei vor den gleichen Wagen zu spannen! Wie soll es ohne Krisen abgehen, wenn hier (in Potsdam) die Ortsgruppe des Bühnenvolksbundes in großen Lettern plakatiert: „Der Bühnenvolksbund, die einzige schwarzweißrote Befuchersorganisation“, und dort (im Westen) eine christliche Wortführerin der gleichen Vereinigung tapfer eine Lanze für Tolsters „Hinkemann“ bricht? ...

Wäre die Geschicklichkeit des Herrn Gerst nicht gewesen, die Krise würde wahrscheinlich den Bund schon längst gesprengt haben. ... Sofern er ohne diesen Mann überhaupt geworden wäre.

Man darf gespannt sein, was sich aus dem Angriff weiter entwickeln wird. In der heutigen Nummer des „Deutschen“ nehmen zunächst die Herren Dr. Robert Grose und Emil Ritter das Wort und erklären, daß sie „infolge des unqualifizierten Verhaltens des Herrn W. C. Gerst“ sich genötigt sehen, aus der Bundesleitung des B. V. B. auszuschleiden. Wie aber die „Krise“ schließlich auch ausläuft — für jeden Denkerden muß sie erneut den Beweis erbringen, daß die Zukunft bei den „Volksbühnen“ liegt, die, im „Verband“ vereint, unter Ablehnung jeder einseitigen politischen Festlegung, alle diejenigen vereinen wollen, die einander freien Kunst dienendes und im Sinne einer neuen, freiheitlichen Gemeinheitskultur wirkendes wahres Volkstheater wollen.

Das uflige Efel. Die Sommerdirektion des Deutschen Theaters hat nur ein Bestreben, ihr Publikum ausgiebig zu amüsieren. Dazu hat sie sich den Schwanz „Das Efel“ von Toni Impetoven und Hans Keimann und den Schauspieler Max Waldert verschrieben, und die Sache gelingt ausgezeichnet. „Das Efel“ sticht erfreulich von dem abgedrahten Schema ab, nach dem sonst die anpruchsvollen Schwänke gezimmert werden. Der Spatz entwickelt sich nicht aus den üblichen Verwicklungen, sondern aus dem eigenümlichen Charakter des Titelhelden, des Fabrikanten Pape. Dieser Pape, „Das Efel“, ist ein Choleriker und deshalb seinen Rimenschen und sich selbst ein Dorn im Auge. Es ärgert ihn die Niage an der Wand und aus einer unbedachten Postkarte entziehen ihm fürchterliche Folgen. Einen dornenvollen Lebensweg hat er zurückzulegen. Er ist stets und von jedermann gekränkt, ein unelidlicher Duellant, ein Projehpankel, ein Michael Nahlhaas in Hülpantoffeln. Das ist mal wieder eine Rolle für den unermülichen Max Waldert. Das Publikum biegt sich vor Lachen, wenn er in heller Aufregung die Sätze durcheinander hohlpelt,

Jeden Augenblick hat er einen neuen Einfall. Der kleinste Anlaß bringt ihn in Erziele, und nur wenn die ganze Umgebung vor Aufregung zittert, bleibt er völlig unangefochten. Er tut stets das Gegenteil von dem, was man erwartet. Die Szenen vor dem Untersuchungsrichter und vor Gericht sind die stärksten. Bei seinem urkomischen Waidlager durchstolzen Lachstürme das Haus und vor dem Untersuchungsrichter verurteilt er sich selbst zum Schweigen. Wie er da vor der Obrigkeit sitzt und still und verloren vor sich hinlächelt, während die anderen sich vor Verzweiflung die Haare raufen, das ist zum Schreien komisch. Dgr.

Im „Sommernachts-Theater im Zoo“, das im Gartencafé des Zoo-Etablissements in der Bubapester Straße einen Unterschlupf gefunden hat, — es ist dort annähernd so gemütlich wie in einem Bierwurstrestaurant —, werden die Sommernächte entweder sehr schön werden oder Luise Berkmeister wird bald am Grabe ihres Unfugs stehen. Die Eröffnungsvorstellung gestattet dem Referenten diese Prophezeiung und gibt ihm zugleich Gelegenheit, denen einen Trost in die Ohren zu flüstern, die noch nicht den Anschlag an das Kurfürstendammsvölkchen gefunden haben und darum nachts schlafen müssen, damit sie am Tage arbeiten können, um ihre Margarine auf dem Brot zu haben. Also, seid für diesmal froh, daß es euch so geht, sonst wird euch dieses beschert:

Komm in den Zoo,
Dort ist jezt Hochbetrieb,
Dort hat sich alles lieb. —
Dort sagt das Rispferd zum Floh:
„Oh, sei mir gut, denn ich liebe dich so!“
Und darum komm in den Zoo,
Du kannst mein Rispferd sein
Und ich dein Floh!

Das ist der Refrain eines Liedes, für das 5 (in Worten: fünf) Mann ihr Gehirn schmalz gepipert haben; zwei haben die Muffe gemacht und die anderen drei haben es „gedichtet“. Erschütternd, nicht wahr? Und das von diesem, wie von jenem Standpunkt aus. W. F.

Der englische Rundfunk stellt die Vorträge ein. Die British Broadcasting Company gibt bekannt, daß sie auf Grund zahlreicher Anregungen der Rundfunkteilnehmerverbände sämtliche wissenschaftlichen wie populären Vorträge für die Sommermonate einstellen wird. Statt dessen sollen Dialoge eingeführt werden unter Berücksichtigung des Reise- und Ausflugsverkehrs. Ebenso wird im nächsten Monat der Verlust gemacht werden, heitere Sertenerzählungen, die über mehrere Abende sich erstrecken, zu senden.

Volksbühne. Am Theater am Bälendplatz findet am Freitag die letzte Aufführung von „Hamlet“ statt. C. L. Wang spielt die Titelrolle, die Vorstellung beginnt bereits um 7 1/2 Uhr.

Die Vogelwarte in Rostock auf der Rurischen Hebrung, die vor einem Vierteljahrhundert von ihrem jetzigen Leiter, Prof. Ziemann, begründet wurde und jetzt von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Abdringung der Wissenschaft in Berlin unterhalten wird, beging dieser Tage ihr 25-Jahrfeiertag.

Eine ungefügte Volksausgabe von Emil Ludwigs „Wilhelm der Jüngere“, dem vielumkriterten Buche, das während eines halben Jahres in 75 000 Exemplaren verfaßt wurde, erscheint dieser Tage zum Preise von 4,80 Mk.

Preußens Finanzen.

Es folgt die zweite Beratung einer Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz.

Durch die, wie der Berichterstatter Abg. Schmedding (Z.) hervorhebt, bestimmt wird, daß rückwirkend vom 1. April 1926 ab Träger der Kosten der Fürsorgeziehung die Kommunalverbände sind, bei denen Fürsorgeerziehungsbehörden bestehen. Sie erhalten zu diesen Kosten aus der Staatskasse einen Zuschuß von zwei Dritteln.

Auf Antrag des Abg. Biemer (D. Ap.) wird dieser Gesetzentwurf zur nochmaligen Beratung an den Ausschuß zurückverwiesen.

Dann erledigt der Landtag die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Änderung des preußischen Staatsgebietes. Durch diese Vorlage, die der Landtag ohne Debatte endgültig auch in dritter Lesung verabschiedet, wird die Abgabe einer zum preußischen Staatsgebiet gehörigen Fläche von etwa 0,6556 Hektar an Frankreich und die Einverleibung einer zu Frankreich gehörigen Fläche von 0,0094 Hektar in preußisches Gebiet ausgesprochen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Haushalts der

Finanzministeriums.

Der Hauptausschuß hat hier, wie der Berichterstatter, Abg. Nibel-Fulda (Z.) vorträgt, aus Sparnisgründen rund 1,3 Millionen gestrichen. Er empfiehlt die Annahme mehrerer Anträge, die u. a. das Staatsministerium ersuchen, mit allem Nachdruck eine Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Verwaltung durch eine durchgreifende Reform bei den Ministerien und Behörden durchzuführen. Ferner soll eine Ueberlicht über das Ergebnis des Personalaubaus in Preußen vorgelegt werden.

Präsident Barthelemy macht zunächst dem Hause Mitteilung von dem Beschluß des Verfassungsausschusses, wonach der Bonner Stadtrat Max sozialdemokratisches Mitglied des Preussischen Landtags ist. Es wird nun möglichst bald zu entscheiden sein, ob auch der Ministerialdirektor Dr. Badt weiterhin sozialdemokratisches Landtagsmitglied bleibt. Eine Umgruppierung innerhalb des Landtags war bekanntlich durch einen Beschluß des Wahlprüfungsgerichts herbeigeführt worden und stützt sich auf die endgültige Feststellung der letzten Wahlergebnisse zum Preussischen Landtag.

Das Haus überweist zunächst den zur ersten Beratung vorgelegten Gesetzentwurf, der für die Vollendung des Mittelstandsanstalts weitere 22 832 000 Mark zur Verfügung stellen will und den Finanzminister ermächtigt, diese Summe im Wege des Kredits zu beschaffen, dem Hauptausschuß.

Der Gesetzentwurf, der umfangreiche kommunale Neuordnungen von Gemeinden und Kreisen Ober-Schlesiens vorsieht, geht zur weiteren Vorbereitung an den Gemeindeausschuß.

Die Divisionsfeier in Altengrabow.

Schwarzweißrote Tradition.

Ein ehemaliger Angehöriger des Infanterieregiments 432 schreibt uns: Wie andere Truppenteile, wurde auch die 234. Infanteriedivision Ende des Jahres 1917 durch Wegnahme einzelner Mannschaften von aktiven brandenburgischen Regimentern als Reformation gebildet. Auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow erfolgte damals die Zusammenstellung. Die Division ging in frischem Anstrich wieder an die Front und stand bei der letzten großen Frühjahrsoffensive 1918 besonders in Elandern sehr schwere Verluste. Der Kommandeur, Herr Generalleutnant v. Siumpff, erhielt — gewiß nicht für eigene Verdienste — den Orden Pour le Merite. Um so „tapferer“ zeigen sich einige abgetakelte Offiziere der Division dagegen jetzt im Kampf gegen die Republik. Schon 1919 wurde eine Zusammenfassung aller ehemaligen Angehörigen des Truppenteils zu Vereinen erstrebt, die die „Kameradschaftspflege“ sollten. Auch mir wurden mehrfach Einladungen zu derartigen Zusammenkünften zugesandt. Die Zusendung unterblieb erst, als ich mich dagegen verweigert hatte. Eine rege Propaganda entfaltete auch der ehemalige Regimentskommandeur des Infanterieregiments 432, Herr Major v. Klüver, der in der Neuruppiner Gegend ansässig ist. In den Zusammenkünften predigte man die Pflicht zum militärischen Zusammenhalten und sang der Monarchie und dem alten Herrn Loblieder. Erst vor einigen Wochen begegnete mir in Berlin ein ehemaliger Kompanieangehöriger wieder, der im Dienste der militärischen Propaganda gegen die Republik steht. Er hat mich nochmals, doch auch zu den „gemüßlichen Zusammenkünften“ der ehemaligen 432er zu kommen. Auf meine Antwort, daß dies mit meiner sozialdemokratischen Ueberzeugung unvereinbar sei, verabschiedete er sich kurz. Der sehige Aufmarsch der ganzen Division in Altengrabow dient nach meiner Ueberzeugung ausschließlich dem Zweck, gegen die Republik zu demonstrieren.

Zagul will regieren.

Aber England wird es vielleicht nicht gestatten.

London, 2. Juni. (TL.) Die Presse ist mit der Haltung Zagul Paschas sehr unzufrieden und befürchtet weitere Schwierigkeiten, da Zagul Pascha nicht gewillt ist, auf die Kabinettsbildung zu verzichten. Man glaubt, daß er sich für sein Kabinett Mitarbeiter wählen werde, deren politische Vergangenheit und Englandfeindschaft das größte Mißtrauen hervorgerufen hätte. Man rechnet ferner damit, daß Zagul Pascha die völlige Unabhängigkeit Ägyptens zu erreichen veruchen und den englisch-ägyptischen Vertrag vom Jahre 1922 nicht anerkennen werde. Das englische Kabinett hat sich bereits mehrmals in längeren Sitzungen mit der ägyptischen Frage beschäftigt und dem Oberkommissar die nötigen Weisungen erteilt.

London, 2. Juni. (ED.) Wie hier verlautet, wird die britische Regierung unter allen Umständen darauf bestehen, daß ihre Reservatrechte in Ägypten von einer neuen ägyptischen Regierung geachtet und garantiert werden. Da ein Zugeständnis in dieser Frage von Zagul Pascha bisher noch nicht zu erhoffen ist, so bemüht sich der englische Kommissar, ein Kabinett der Liberalen mit Adly Pascha zustandzubringen. Sollte das nicht gelingen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die englische Regierung die zeitweilige Auktorität ihrer Erklärung vom Jahre 1922 ermächtigt, die Ägypten einen erhöhten Grad der Unabhängigkeit gab. Der Besuch König Fuads in London ist vorläufig aufgegeben worden. Der König nahm den Rücktritt Zimar Paschas nicht an, sondern ersuchte ihn die Regierungsgeschäfte weiterzuführen. Der Gesundheitszustand Zagul Paschas läßt viel zu wünschen übrig. Er kann kaum gehen und leidet stark an Asthma.

Der Kampf Lloyd George—Lord Oxford hat gestern eine ernste Zuspitzung durch die Veröffentlichung eines Briefes erfahren, in dem Oxford seine Vorwürfe gegen Lloyd George in ungezügelter Form wiederholt und eine Vertrauensklärung der Partei für sich verlangt. Diese ist ihm sofort von einigen liberalen Führern (Lord Grey, Simon, Fumcannon, Maclean usw.) gleichfalls in der Form eines Schreibens zuteil geworden, das einen klaren Bruch mit Lloyd George verlangt.

Reklame.

„Schwere Zeiten“ klagt der Geschäftsmann, und im Kampf um das hiesel Dasein macht ein jeder trampfaste Reklame für seinen Artikel. Sie allein erscheint ihm als rettender Anker vor der ständig drohenden Pleite. Denn groß ist die Konkurrenz und klein, äußerst klein die Kaufkraft. Die Großfirmen werfen Riesennengen an Ware zu niedrigen Preisen auf den Markt, andere wieder erkennen besondere Vergünstigungen und Aufmerksamkeiten, kurz, jeder wirft seinen Köder aus, so gut er es eben versteht. Ein Kino im Westen hat sich als Attraktion die in letzter Zeit vielgenannte Gräfin Bohmer verschrieben und läßt sie ein kleines, anscheinend selbst verfertigtes Protogoch zu einem Film sprechen. Man weiß nicht, ob dies ihr Debut als Schriftstellerin oder als Rezitatorin zu bedeuten hat. Jedenfalls kriegt sie für diese ihre Tätigkeit bezahlt, und wenn sie's nicht ziemlich nötig hätte, ließe sie es bestimmt sein. Gottbegnadet ist sie — wenigstens nach dieser Richtung hin — keineswegs.

Oeffentliche Versammlung!

Elternbeiratswahl für die höheren Schulen Neuköllns. Besuchen Sie unsere Versammlung am Freitag, den 4. Juni, 8 Uhr abends, in der Aula des Lyzeums I, Neukölln, Berliner Straße 10

Referent: Gen. Stadtrat Dr. Löwenstein

Thema: **Christlich-unpolitisch oder „Schulaufbau“?**
LISTE „SCHULAUFBAU“

Da diese Versammlung stark von Gegnern besetzt sein dürfte, ist es Pflicht sämtlicher Genossen, zu erscheinen

Heute muß eben jeder seh'n, wo er das Geld herkriegt. Befagter Protogoch handelt wieder mal von der öfters befungenen deutschen Freiheit. Gott, was soll man denn auch reden? Schillern und Voeten haben eben schon alles Vermüthige vorweggeschnappt. Und dieses Thema paßt schließlich immer — für ein paar Deutchen. Wie sagt man doch bei uns so schön: „Daß doch der Kind die Bulette, et spielt ja bloß mit se!“

Die Geistesranke.

Sie mußte nichts vom Tode.

Ein grauenhafter Anblick bot sich gestern Polizeibeamten, die nach dem Hause Stralauer Allee 26, in die Bohnung des 68 Jahre alten pensionierten Lokomotivführers Gustav Brandt gerufen wurden.

Bewohner des 1. und 3. Stockes nahmen seit einigen Tagen einen unangenehmen Geruch wahr, der aus den Räumen Brandts im 2. Stock kam. Dieser bewohnte mit seiner 57 Jahre alten Frau seit vielen Jahren zwei Stuben und Küche. Da der Geruch immer ärger wurde, riefen die Nachbarn die Polizei des zuständigen Reviers. Die Beamten wurden nicht eingelassen, sie mußten mit Gewalt öffnen und sahen nun in dem Schlafzimmer Brandts tot und bereits bis zur Unkenntlichkeit verwest in seinem Bett liegen. In ihrem Bett, neben dem des Mannes, lag lebend die Frau, die seit vielen Jahren geisteskrank ist. Aus ihren verworrenen Angaben ist zu entnehmen, daß Brandt am 1. Pfingstfesttag einen Anfall von Nerven bekam, so daß er sich zu Bett legen mußte. Wahrscheinlich ist er bereits an diesem Tage an einem Schlaganfall gestorben. Frau Klara Brandt, geb. Randow, war bereits im Jahre 1913 eine Zeittang in einer Anstalt in Schöneberg, wurde dann aber entlassen, weil sie nicht gemeingefährlich war und weil ihr Mann sie in seine Obhut nehmen wollte. Brandt, der damals schon pensioniert war, besorgte seitdem den ganzen Haushalt. Er hatte auch alles ein, was man für die Wirtschaft und den Lebensunterhalt braucht. Die Frau hat in der ganzen Zeit die Bohnung nur selten verlassen, wenn ihr Mann mit ihr einen Spaziergang machte. Allein ging sie nie aus, weil sie sich nicht auf die Straße wagte. Da das Ehepaar keine näheren Bekannten hatte, so kümmerte sich niemand um sie. Frau Brandt glaubte in ihrer geistigen Umnachtung nicht, daß ihr Mann gestorben sei. Trotz der starken Verwesungserscheinungen hoffte sie immer noch, daß er sich erholen werde. Seit Pfingsten lebte sie von den Vorräten, die der Mann zuletzt eingekauft hatte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht. Frau Brandt kam auf Veranlassung des Kreis-Medizinrats in die Irrenanstalt Herzberge. Die Bohnung wurde vorläufig geschlossen.

Bravo, Herr Amtsgerichtsrat!

Vor dem Amtsgericht Lichtenberg stand gestern der Bauunternehmer B. Er hatte gegen eine Polizeistrafe von 20 M. wegen groben Unfugs, der darin bestand, daß er ohne Grund das Ueberfallkommando anrief, Einspruch erhoben. B. war an jenem Tage etwas angeheitert mit einer größeren Summe Geldes unterwegs. Als er noch einmal in einer Gastwirtschaft einkehrte, fühlte er sich nach seinem Angaben von einem Ranne verfolgt. Anstatt den Gastwirt um Unterstützung zu bitten, rief er einfach das Ueberfallkommando herbei. Als dieses eintraf und die Beamten sich erkundigten, sagte er nur: „Seht euch vor, ich bin vom Großindustriellenverband. Wenn ich ruhe, habt ihr zu kommen.“ Die Beamten stellten darauf keine Personalien fest und B. erhielt eine Polizeistrafe von 20 M. zubiittiert. Die Zustellung des Strafbefehls schickte aber B. zurück, da sie an den „Arbeiter B.“ adressiert war. Später legte er gegen die Strafe Berufung ein. Vor dem Amtsgericht betonte B. alcid: „Mir ist egal, was Sie machen, Herr Rat, ich gehe weiter in die nächste Instanz.“ Der Vorsitzende verbat sich darauf den unanständigen Ton. „Eine Adressierung als Arbeiter wäre keine Beleidigung. Arbeiter sind wir letzten Endes alle und die Bezeichnung als Arbeiter tan nur als eine Auszeichnung gelten.“ Auf das großsprecherische Benehmen des Angeklagten hin beschloß das Gericht, die Strafe auf 40 M. zu erhöhen. Der Vorsitzende erklärte in seiner Urteilsbegründung, daß auch die Zugehörigkeit des Angeklagten zum Großindustriellenverband ihn nicht davor schütze, hier behandelt zu werden wie jeder andere.

Rund um den Müggelturm.

Eine vogelkundliche Wanderung der Arbeitsgemeinschaft für Forstschuß und Naturkunde E. B. Berlin-Friedrichshagen, nahm ihren Ausgang von der Müggelsäule und führte am West- und Südufer des Sees entlang aufwärts durch den Wald bis zum Müggelturm, wo zum Schluß die Jahresversammlung der „Aro“ abgehalten wurde. Der Frühling in seiner jungen Schönheit und strahlender Maidenformen schien verprochen ein gutes Gelingen der Fahrt. Die Nähe des Sees kündigte sich schon in einiger Entfernung durch das lebhafteste Raar! Raar! Raar! kiel kiel kiel“ der Rohrspähen an, die sich im Rohr bereits häuslich eingerichtet hatten, indem sie nahestehende Rohrhalme miteinander verflochten, um in den Behag einer Wiege für ihre Brut zu gelangen. Auf dem See tummelte sich eine größere Anzahl von Bläuhühnern oder vielmehr -hähnen, denn der weibliche Teil fast der gesamten Vogelwelt hat einstweilen wegen Ueberflusses an Familienorgen keine Zeit zum Ruhen in der Sonne. Alleinige Ausnahme in dieser Beziehung gestatten sich die Ruckucks, die es ausgezeichnet verstehen, ihre Sorgen ganz Unbetheilten aufzubürden. Ueber das Verfallmellein einer großen Anzahl wilder Erpel machte der Führer interessante Ausführungen. Die Erpel müssen nämlich eine zweimalige Mauser durchmachen, bei deren einer sie selbst die Flügeldecken verlieren. Um ihrer Sicherheit willen suchen sie deshalb ein ruhig gelegenes Gewässer auf, bis sie sich wieder auf

ihre Flugfähigkeit verlassen können. Dagegen mausert die Ente nur einmal im Jahre. Die Frage nach den Nistplätzen der Wildgänse gab Anlaß zu näheren Erklärungen über das Leben dieser Wasser- und Luftvögel. Es gibt zwei Arten Wildgänse. Die bei uns heimische brüht vorzugsweise im Luchgelände der Havel. Die Wildgänse dagegen, die im Spätherbst in der bekannten hafenförmigen Fluglinie in großen Schwärmen nach Süden ziehen, gehören der nördlichen Art an und unterscheiden sich von den hier heimischen durch eine schwarze Schnabelspitze. Die Sprache der Gänse ist sehr modulationsfähig und wird dem, der sich mit ihrem Studium eingehender beschäftigt, gewissermaßen verständlich. So soll ein allgemein bekannter Zoologe behauptet haben, er könne mit seinen Gänzen reden wie mit seiner Frau. Inzwischen verankert die Sonne hinter den Waldbergen, und die verschiedenen Reaktionen, die in den hohlen Weiden am Seeufer ihre Wochenstuben eingerichtet haben, besuchten sich, für ihre vielköpfige Familie die letzte Tagesrate an Nahrung herbeizuschaffen. Wenn die Teilnehmer auch noch einen einlaunen rotkräftigen Bürger erspähten, bei Prinzengarten Roschwänzchen füttern saßen und sich am Ufer einer Singdrossel erfreuen konnten, so mußte doch mit Betrübnis festgestellt werden, daß der einstige Reichtum unseres Vogel- und Tierlebens zu einem dürftigen Rest zusammengeschnitten ist. Der Ursachen für die Verarmung unserer Landschaft gibt es mehrere, der Uebel größtes aber ist die Rahe — die Rahe, die hier gebegt und gepflegt wie kein anderes Haustier und die doch so vermindert und entartet ist, daß die Ratten immer mehr zur Plage werden, während sich ein Vogel im Garten nicht sehen lassen darf.

Der Sprit-Weber-Prozess.

Streichholz oder Kurzschluß?

Der Spritweber-Prozess steht vor seinem Abschluß. Das Gericht hat den zahlreichen Beweisunterlagen der Verteidigung stattgegeben. Ueber die Ladung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht muß es noch schlichtig werden. Vorläufig schreitet die Beweisaufnahme in bezug auf die Brandstiftung rüstig vorwärts.

Je weiter, desto nervöser wird aber Hermann Weber. Vor einigen Tagen hatte er in einer momentanen Gefühlsauswallung sogar einen Brief an den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Schulze gerichtet, in dem er behauptete, daß dieser bereits im augenblicklichen Stadium des Prozesses bestimmte Feststellungen treffe und das Material für seine Fragen aus geheimen Kanälen, die von dem Nebenkläger kämen, beziehe. Er erklärte ferner, daß er an der Gerichtsverhandlung dieser Instanz nicht mehr aktiv teilnehmen wolle, da er von diesem Gericht für sich keine Gerechtigkeit erwarte. Weber wird sich aber die Sache hinterher wohl überlegt haben, denn gerade in den letzten Tagen griff er besonders intensiv und aufgeregt in die Zeugenvernehmung ein. Ganz besonders hat es ihm der Regierungsrat H. H. angetan, der seinerzeit die Beschlagnahme eines Teils der ihm in London auszu zahlenden Versicherungssumme bemerkt hat. So rief er bei dessen Vernehmung nach: „Ich werde beweisen, daß Regierungsrat H. H. bei den Schweinereien, die er mit den Engländern gegen mich eingeleitet hat, schon von einer Brandstiftung gesprochen hat.“ Und ein anderes Mal sagt er: „Die Brandstiftung ist ja im Bureau des Regierungsrats H. H. entstanden.“ Der Zeuge, der Engländer Joes, bestritt auch wirklich, daß Regierungsrat H. H. ihm angedeutet habe, daß er der Versicherungsgesellschaft Material hinsichtlich der Brandstiftung verschaffen wolle, falls der Zeuge ihn bei der Beschlagnahme eines Teils der Versicherungssumme behilflich sein würde.

Hermann Weber hat allen Grund, nervös zu sein. Die Beweisaufnahme verläuft für ihn nicht sonderlich günstig. Allerdings sind die Sachverständigen in ihrem vorläufigen Gutachten nicht in der Lage gewesen, eine präzise Antwort auf die ihnen vorgelegte Frage zu geben, ob das Feuer in Stahnsdorf durch einen Kurzschluß oder durch ein Streichholz entstanden ist. Damals, sofort nach dem Brande, dachte ja niemand an eine Brandstiftung. Es hieß deshalb allgemein, daß das Feuer durch Kurzschluß verursacht worden sei. Um so belastender gefielen sich die Aussagen der Zeugen. So kam z. B. kein einziger mit Ausnahme des Bruders des Angeklagten, des damaligen Lehrlings Wolf Weber, bezweigen, daß vor dem Brande größere Mengen von Spiritus angefahren worden seien. Eigentümlich erscheint es auch, daß dieser jugendliche Bruder des Angeklagten kurz vor dem Brande den früheren Lagerverwalter ersuchen mußte. Und obgleich dieser Lagerverwalter genau Buch führte über alle Sprit-eingänge, wurde weder er den Engländern vorgelegt, als die Frage über den Bestand des Lagers auszufragen, noch sein Buch herbeigeht. Dafür figurirte aber die gefälschte Bestandaufnahme Beyers. Auch soll Weber der Versicherungsgesellschaft nichts über die Lagerung von Del in Stahnsdorf gesagt haben. Ferner bestätigte es sich, daß er von niemandem über seine eigene Anwesenheit während des Ausbruchs des Feuers in Stahnsdorf erwidert hat. Daß er aber in Zahlenschwierigkeiten gewesen sei, bestritt er aufs entschiedenste. Er gibt allerdings zu, um Steuerzuschuß nachgeholt zu haben; meint aber, das „habe selbst Stinnes getan“, um einige Monate länger mit dem Gelde arbeiten zu können. So spricht verschiedenes gegen den Angeklagten. Das Motiv zur Brandstiftung soll aber im Versicherungsschwindel gelegen haben. Gestern wurde nun dem Angeklagten Beyer der Unteruchungsrichter Pusch gegenübergestellt. Beyer bestritt in der Gerichtsverhandlung, vor dem Unteruchungsrichter ausgefragt zu haben, daß er für seine Mitwirkung am Versicherungsschwindel auf 10 000 M. gerechnet habe. Der Unteruchungsrichter bestätigte aber, daß er das gesagt habe. So wird Beyer zum gefährlichsten Belastungszeugen. Die nächste Verhandlung findet am Donnerstag statt.

Landespfandbriefprozess in zweiter Instanz.

Vor der großen Strafkammer des Landgerichts I begann heute unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Marschner die Berufungsverhandlung in dem Prozess gegen die Direktoren der Landespfandbrief-Anstalt und das sogenannte Adelsfortium. Das Schöffengericht Mitte hatte den ersten Direktor der Landespfandbrief-Anstalt Rehling wegen Falschbeurkundung und Urkundenunterdrückung zu je 2 Monaten Gefängnis, die umgewandelt wurden in 3000 M. Geldstrafe, verurteilt, den zweiten Direktor Luaders wegen der gleichen Vergehen an Stelle von je 6 Wochen Gefängnis zu 3500 M., sowie wegen Betruges zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten v. Ghdorf, v. Carlowitz und v. Karstedt wurden wegen Untreue zu je 9 Monaten Gefängnis sowie zu Geldstrafen von 10 000 bis 30 000 M. verurteilt. Wegen der zu geringen Strafen hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Verteidiger der Angeklagten haben ebenfalls Berufung eingelegt. Für die Verhandlungen sind diesmal zwei bis drei Wochen in Aussicht genommen.

Ein schwerer Strafenunfall ereignete sich heute morgen kurz vor 9 Uhr an der Kreuzung Eisenbahn- und Brangelstraße. Ein mit schweren Eigentümern beladener Lastkraftwagen der Firma A. Kirchhof, Neue Grünstraße 33, wollte rechts in die Brangelstraße einbiegen und überfuhr hierbei den Postkutschler Gustav Standfest, der mit seinem Rade gefährt war. Das rechte Hinterrad ging ihm über den Leib, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Schuld soll den Radfahrer selbst treffen, da er unvorschriftsmäßig auf der linken Seite fuhr.

Der Mörder der Oberlehrerin Anna Frank, der Stalldweizer Ruri Nobis, der, wie wir mitteilen auch in Berlin gesucht wurde, ist gestern in Eilenburg in Sachsen gefangen und erkannt worden. Als er festgenommen werden sollte, tötete er sich durch einen Messerstich in die Brust.

Zugzusammenstoß in Chartres. Gestern abend um 6,40 Uhr ist ein von Paris kommender Personenzug auf dem Bahnhof von Chartres mit einem Güterzuge zusammengestoßen. Es wurden 15 Personen leicht, die beiden Zugführer schwer verletzt.

Gewerkschaftsbewegung

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Protest gegen den faschistischen „Arbeitervertreter“.

Genf, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Mandatsprüfungskommission der Internationalen Arbeitskonferenz hat in einem ausführlichen Bericht ihre Auffassung zu dem Einspruch der italienischen Gewerkschaften gegen den Generalsekretär des faschistischen Gewerkschaftsbundes als Arbeitnehmervertreter auf der Konferenz niedergelegt. Die Regierungs- und Arbeitgebervertreter haben das faschistische Mandat auf Antrag der faschistischen Regierung natürlich gutgeheißen.

Die Arbeitnehmer schlossen sich dagegen dem Protest des italienischen Gewerkschaftsbundes an und erklärten sich gegen die Anerkennung des faschistischen Mandatars.

Am Dienstag vormittag wurde die Diskussion des Gesamtberichtes der Internationalen Arbeitskonferenz fortgesetzt. Der englische Genosse Pugh wies u. a. darauf hin, wie die nationale und internationale Sozialgesetzgebung geeignet sei, Streiks und Revolutionen vorzubeugen. Der holländische Arbeitgebervertreter führte aus, daß man in den verschiedenen internationalen Arbeitskonventionen zu weit gegangen sei. Darum würden sie so langsam ratifiziert. Der holländische Arbeitervertreter, Mitglied eines christlichen Verbandes, wußte darauf nichts zu erwidern. Der Schweizer Arbeitervertreter Schürch begrüßte in einer guten Rede seinen Antrag zum internationalen Ausbau der Arbeitslosenfürsorge.

Genf, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstagnamittagsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz bildete eine Rede des französischen Genossen Jouhaux den Höhepunkt der Diskussion über den Geschäftsbericht. Die jährlichen Klagen der Arbeitnehmervertreter über zu langsame Ratifizierung der Abkommen, vor allem auch des Achtstundensabkommens, wirkten beinahe wie eine Schwäche der Arbeiterschaft. Jouhaux warnte, sich keinen Täuschungen hinzugeben; die Geduld der Arbeiter könne auch ein Ende finden, indem es heißt: Entweder die Regierungen halten nun ihre Versprechungen, oder wir kehren zu unseren alten Methoden des Kampfes zurück.

In der Kommission des Völkerbundes für die Auswanderung auf Schiffen ist ein Antrag Polens eingebracht worden, das internationale Arbeitsamt möge für eine der nächsten Arbeitskonferenzen einen Entwurf eines Abkommens über Mindestbedingungen für das Auswanderungstransportwesen auf Schiffen ausarbeiten.

Genf, 2. Juni. (W.B.) Der erste Ausschuss der Arbeitskonferenz hat mit 22 gegen 20 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen, der Konferenz zu empfehlen, die Vorschläge zur Vereinfachung der Aufsicht auf Auswandererschiffen in Form einer Konvention anzunehmen. Es ist fraglich, ob bei diesem Stimmenverhältnis die für einen dahingehenden Beschluß der Arbeitskonferenz notwendige Zweidrittelmehrheit aufgebracht werden kann. Der Kommissionsentwurf besteht aus sieben Artikeln und sieht, unter geringfügigen Änderungen an dem vom Arbeitsamt vorgelegtem Entwurf vor, daß die Begriffe „Auswandererschiff“ und „Auswanderer“ durch die Bezeichnungen der einzelnen Länder festgelegt werden. Der amtliche Aufschichtdienst darf nur durch eine Regierung ausgeführt werden. Der Inspektor wird, wenn andere Abmachungen nicht bestehen, durch das Land ernannt, unter dessen Flagge das Schiff fährt. Er darf in keiner Weise vom Reeder oder von der Schiffahrtsgesellschaft abhängig sein; ausnahmsweise kann aber der Schiffsarzt als Inspektor bestellt werden. Spätestens acht Tage nach Ankunft des Auswandererschiffes ist durch den Inspektor ein zusammenfassender Bericht zu erstellen, der allen interessierten Regierungen übermittelt werden muß. Wenn an Bord sich mindestens 50 auswandernde Frauen befinden, so soll eine besondere, geeignete weibliche Persönlichkeit zur Begleitung beigegeben werden.

Unrentable Betriebskosten.

Bei Bergmann in der Seestraße.

Wie in Rosenthal, so haben die Bergmann Elektrizitätswerke L. G. in der Seestraße keine Mühe und Kosten gescheut, um die gelben „Waterländischen“ zu protegieren. Man bezog vom gelben Arbeitsnachweis Arbeitskräfte, mit denen man freilich keinen Staat machen konnte. Es wurde alles ins Wert gesetzt, um die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu benachteiligen, mit dem Ziele, bei der Betriebsratswahl die freigewerkschaftliche Mehrheit zu brechen.

Es kam aber ganz anders. Bei der Betriebsratswahl am 21. Mai erlitten die „Waterländischen“ eine schwere Niederlage. Zur Wahl der Arbeiterräte wurden 2208 Stimmen abgegeben, die völkische Liste 2 insgesamt 74 Stimmen. 21 Stimmen waren unvollständige. Die „Waterländischen“ fielen also ganz aus. Sämtliche Mandate fielen der freigewerkschaftlichen Liste zu. Bei der Wahl der Angestelltenräte wurden 799 Stimmen abgegeben. A.F. Bund, G.D. und Gedag hatten eine Einheitsliste aufgestellt, auf die 690 Stimmen entfielen. Die Völkischen erhielten 117 Stimmen. Auf die gewerkschaftliche Einheitsliste entfielen also fünf Mandate und fünf Erlaspmänner, während die völkische Liste insgesamt einen ganzen Erlaspmann zum Betriebsrat bekam. Man muß schon sagen, daß die auf Konto Betriebsunkosten gehenden Ausgaben der Bergmann Elektrizitätswerke L. G. für die Völkischen sich wirklich nicht rentieren.

Die Aktion gegen die Angestellten in Bayern.

Sozialdemokratische Interpellation im Landtage.

München, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Massenkündigungen der 25 000 bayerischen Angestellten innerhalb der Großstadt-Industrie und des Großstadthandels, durch die für den 1. Juli die Absperrung und dadurch die Stilllegung der gesamten bayerischen Wirtschaft droht, wurden am Dienstag auf Grund einer sozialdemokratischen Interpellation im bayerischen Landtage behandelt.

In der Begründung dieser Interpellation zeigte der sozialdemokratische Redner die wahre Tendenz, die das Arbeitgeberkartell mit seinem Vorgehen bezweckt. Es handelt sich um nichts weniger als um die Durchsetzung des alten Programmpunktes der Sozialdemokratie: Weg mit den Tarifverträgen.

Der vom Arbeitgeberkartell den Angestellten aufzunehmende Tarifvertrag sieht nicht nur eine Verschlechterung der Arbeitszeit und der Urlaubsverhältnisse vor, sondern auch Ueberstundenleistungen nach Beileben der Unternehmer, und zwar ohne Bezahlung, ferner monatliche Kündigung und Herabsetzung der Gehälter in den unteren Gruppen der Angestellten bis zu 48 Proz. und in den höheren bis zu 27 Proz. Das Schlimmste aber ist, daß die Arbeitgeber außerdem das Recht haben wollen, mit jedem einzelnen Angestellten entsprechend seinen Leistungen auch Einzelverträge abzuschließen, die schlechtere Bedingungen als der allgemeine Tarifvertrag enthalten.

Die vom Sozialminister den Interpellanten erteilte Antwort war vollständig ungenügend. Er begnügte sich mit dem Hinweis, daß der Landesminister in Nürnberg gegenwärtig schiedsgerichtliche Verhandlungen eingeleitet habe, die vielleicht noch zur Verhütung der Absperrung und des schweren sozialen Kampfes führen können. Trotzdem der Minister selbst aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, getraute er sich nicht, den brutal vorgehenden Unternehmern auch nur einige wenige tröstliche Worte zu sagen. Er erklärte zum Schluß nur, daß die Regierung die ganze Angelegenheit im Auge behalten werde.

Stillelegungsverhandlungen im Ruhrbergbau.

24 Todesopfer in einem Bezirk binnen einer Woche.

Bochum, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die für die Gewerkschaft Hermann am 1. Juni anberaumten Stillelegungsverhandlungen sind bis nach Fertigstellung des im Auftrage der preussischen Staatsregierung vom Oberbergamtsdirektor Dr. Weise zu erstattenden Gutachtens zurückgestellt worden. Die Gerüchte, daß die Stillelegung der Zeche infolge besserer Absatzmöglichkeiten wegen der Fortdauer des englischen Bergarbeiterstreiks auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden sei, sind unrichtig. Die Zechenleitung betont, daß es sich bei den Schwierigkeiten der Zeche Hermann weniger um Absatzmangel als um Rentabilitätsfragen handelt.

In der vergangenen Woche hat der Bergbau im Bezirk Recklinghausen nicht weniger als 24 Todesopfer gefordert.

Verschärfung im englischen Bergbaukonflikt.

Keine weiteren Staatszuschüsse.

London, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der weiteren Aussprache über die Kohlenkrise machte Lloyd George den Grubenbesitzern den Vorwurf, sich während der ganzen Zeit des Konflikts nahezu völlig unzugänglich gezeigt zu haben. Die Regierung, so verlangte Lloyd George, müsse unabhängig von der Haltung der Unternehmer und Arbeitnehmer die Reorganisation des Bergbaus in Angriff nehmen. Ministerpräsident Baldwin erklärte, jederzeit für neue Vermittlungsverhandlungen bereit zu sein. Die Regierung lehne es jedoch ab, das Geld der Steuerzahler weiterhin für die Unterstützung einer einzelnen Industrie zu verwenden.

Parainnahme der Regierung gegen die Bergarbeiter.

London, 2. Juni. (W.B.) Eine neue Hoffstandsverordnung der Regierung erteilt dem Minister des Innern die Vollmacht, die Einführung von Geld aus dem Auslande zu verhindern.

Ein Amnestieantrag.

London, 2. Juni. (W.B.) Kunciman und andere Mitglieder der radikalen Gruppe der liberalen Unterhausfraktion haben im Unterhaus einen Antrag eingebracht, der für eine baldige Amnestie für politische Vergehen anlässlich des Generalstreiks eintritt, ferner einen Antrag auf Prüfung der Art, in der die Rotzeitung der Regierung, die „British Gazette“, geleitet worden ist, durch einen Untersuchungsausschuss und schließlich einen Antrag, der die Bekanntheit von Vorschlägen der Regierung zur Regelung des Streiks im Kohlenbergbau fordert.

Tariferneuerung im Verkehrsgewerbe.

Essen, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die strittigen Tarifverträge und das Lohnabkommen zwischen dem Deutschen Verkehrs- und Transport- und Lagerungs-Gewerkschaft sind wieder in Kraft gesetzt worden. Verzögerungen für die Arbeiterschaft sind nicht entstanden. Der von dem Deutschen Verkehrsverband angekündigte Boykott gegen die deutschen Margarinefabriken ist damit erledigt.

Der Weltwanderungskongress in London am 22. Juni!

Amsterdam, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund hat den Weltwanderungskongress endgültig auf den 22. Juni nach London (Goldbörn-Restaurant) einberufen und die Vierteljahrhundertfeier seines Bestehens in Verbindung mit einer vorhergehenden Propagandawoche auf Sonntag, den 10. September, festgesetzt.

Ultimatum der Wiener Gemeindeangestellten.

Wien, 2. Juni. (W.B.) Nach einer Meldung einer parlamentarischen Korrespondenz haben die Gemeindeangestellten beschlossen, unter Hinweis auf ihre schlechte materielle Lage ihre vor längerer Zeit gestellte Forderung auf Auszahlung einer Kostenzulage zu erneuern. Die Forderung soll an die Stadtverwaltung in Form eines bis 16. Juni befristeten Ultimatums gestellt werden. Inzwischen soll eine Urabstimmung darüber stattfinden, ob nach Ablauf des Ultimatums der Streik einsehen soll.

Einigung in Norwegen?

Kopenhagen, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der große Arbeitskonflikt in Norwegen, an dem fast 30 000 Arbeiter beteiligt waren, hat nunmehr durch Vermittlung der norwegischen Regierung eine Beilegung erfahren. Vorgelesen ist ein Lohnabbau von 17 bis 18 Proz. Der Lohnabbau soll bis zum 1. Mai 1927 laufen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Absperrung sofort zurückzunehmen. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft am 9. Juni ab, doch ist damit zu rechnen, daß diesmal eine endgültige Einigung zustande gekommen ist.

Wirtschaft

Engerer Zusammenschluß im Lebensmittelhandel. Der Reichsverband Deutscher Feinkosthändler, der Zentralverband des Lebensmittelhändlers Deutschlands, der Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler und eine Reihe anderer kleinerer Verbände des Lebensmittel-Einzelhandels sind dahin übereingekommen, die bisherige Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verbände des Lebensmittel-Einzelhandels zu einem eingetragenen Verein auszubauen. Der Gebrauchsverband Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften wird wie bisher die Geschäfte führen. Es ist beabsichtigt, die Verhandlungen bis zur Herstellung eines Einheitsverbandes für den Lebensmittel-Einzelhandel weiter zu führen.

Der Lebenshaltungsindex. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Mai auf 139,9 gegen 139,8 im Vormonat. Sie hat sich also um 0,8 Proz. erhöht.

Zeichnung der Reichsbahnleihe. Die Zeichnung findet vom 10. bis 17. Juni d. J. statt. Vorzeitiger Schluß der Zeichnung ist vorbehalten. Der Zeichnungspreis für die mit voller Dividendenbezugsberechtigung für das Jahr 1926 ausgestatteten Zertifikate beträgt 95 1/2 Proz. franko Stückzinsen. Die Bezahlung der zugehörigen Beträge hat bis zum 5. Juli d. J. zu erfolgen.

Hohe Gewinne und Abschreibungen bei Bayer. Motorenwerke L. G. München. Die Auto- und Flugzeugmotoren herstellende Gesellschaft war im Jahre 1925 bis zur äußersten Leistungsfähigkeit der Betriebe beschäftigt. Die Betriebsanlagen und der Maschinenpark wurden vergrößert und modernisiert, wozu die Kapitalerhöhung von 3 auf 5 Millionen Verwendung fand. Die Abschreibungen sind sehr beträchtlich: 30 Proz. auf Anlagen und 25 auf das Maschinenkonto, insgesamt 630 000 R. Der Reingewinn wird mit 500 000 R. ausgewiesen, aus dem eine Dividende von 10 Proz. verteilt wird.

Auslandsauftrag für die AEG. Die Bahn Bilbao-Santander führt auf ihrer meterspurigen zum Teil zweigleisigen Vorort- und Inlandbahnstrecke Bilbao-Las Arenas-Morta statt des Dampfbetriebes elektrischen Betrieb ein. Den Auftrag auf Lieferung der elektrischen Ausrüstung einschließlich des Umformerwerkes mit Gleichrichtern hat die AEG-Berlin erhalten.

Reichshilfe für Mannesmann-Konzern. Der Mannesmann-Konzern (deutsche Hauptwerte Ruhig, Wachen, und Maschinenfabrik Remscheid) stützt seine Hoffnung auf eine Kreditgarantie des Reiches (8,3 Millionen) auf den Gegenwert seiner unbefalteten, aber auch noch nicht ausgeübten Konzeptionsrechte in Spanisch-Marokko. Bisher lagen die Hauptkämpfe gegen Abd el Krim gerade in dem Gebiet dieser Konzeptionen. Die Kapitulation Abd el Krims gibt den Konzeptionen sowohl für Deutschland als auch für eventuelle Käufer des Auslandes einen höheren Wert. (Die Befugnisse in Französisch-Marokko wurden von Frankreich sequestriert und liquidiert.) Wie der „Industrie- und Handelszeitung“ gemeldet wird, wird die Reichsregierung, nachdem für die auswärtige Zuschuß sich gegen eine Intervention (Kreditgarantie gegen Verpfändung oder Kauf der Konzeption) ausgesprochen hat, ihre Absichten erneut in den parlamentarischen Instanzen zur Diskussion stellen.

Kapitalstwindler treiben mit dem Namen Fords, der in Deutschland sehr geläufig geworden ist, ihr Unwesen. Sowohl der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wie die Deutsche Ford-Rotor Company L. G. Berlin und die Ford Credit Company L. G. Berlin warnen nämlich dringend vor dem Erwerb von Anteilscheinen (German-Units) an Ford-Gesellschaften, wie sie zurzeit von Firmen, wie z. B. Deutsch-Amerikanische Finanz-Kontor, G. m. b. H. Berlin, und Allgemeine Finanz- und Handels-G. m. b. H. Berlin mit vollkommen unwahren Angaben angeboten werden. Die Ford-Gesellschaften stehen den Angeboten völlig fern. Es sei durchaus zweifelhaft, ob die Anteile mehr als nur den Wert eines Stückes bedruckten Papiers befehlen.

Goldrechnung in Polnisch-Oberschlesien. Deutschland kann gegenwärtig an seinen West- und Ostgrenzen noch einmal das tragische Schicksal mitleidender und stürzender Währungen beobachten, zum Glück nicht am eigenen Leibe. Besonders tragisch ist das Schicksal der polnischen Währung, die zum zweiten Male dem Strudel zunehmender Entwertung verfallen ist. Wie sehr aber die Industrie, besonders in den früher deutschen Teilen Oberschlesiens, die Gefahren gleitender Währungen für die Rentabilitätsberechnung fürchten gelernt hat, dafür ist die Abschlußbilanz der Kattowitzer L. G. für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb ein Beispiel. Was in Deutschland seinerzeit erst in den Hochinflationenmonaten des Jahres 1923 geschah, wenigstens für den Eigengebrauch Bilanzen auf Goldbasis aufzustellen, das macht die Kattowitzer Gesellschaft schon jetzt, und zwar in aller Öffentlichkeit. Sie hat in ihrer Abschlußbilanz nicht die Ziffern in der geltenden, sondern in einer von ihr über den Gold- oder Dollarindex berechneten Gold-Zloty-Währung aufgestellt, und zwar mit der ausdrücklichen Berufung auf die Wahrheit und Klarheit der Bilanz, die bei gleitender Währung unmöglich sind. Das ist vom privatwirtschaftlichen Standpunkt zwar sehr vernünftig und zweckmäßig, und es ist Sache des polnischen Staates, wie er sich dazu stellt; aber für das Vertrauen der Industriellen in den Zloty und ihre Angst vor solchen Kalkulationen und Gewinnrechnungen ist der Vorgang höchst symptomatisch.

Steigerung der Arbeitslosenziffer in England. Trotzdem die Arbeiter in den meisten Fällen in die Fabriken zurückgekehrt sind, vermochte sich die industrielle Lage Englands bisher nicht zu bessern. Angesichts des starken Kohlenmangels fehlt das Vertrauen in die Zukunft fast gänzlich. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Stand vor dem Streikausbruch um 300 000 Personen gestiegen.

Verantwortlich für Politik: Genf Reuter; Wirtschaft: Kurt Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Geiner; Feuilleton: A. B. Böcher; Soziales und Kontroversen: Erik Karstedt; Anzeigen: E. B. Glöck; (Anrich in Berlin). Verlags: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Wohin?
Luftkurort Lenz (Perla Meckl.)
25 Jahre im Besitz. Direkt an großen Laub- u. Nadelwäldern u. Wasser gelegen. Gute Pension. Prosp. einford.
C. Ogorsollic
Lenz b. Malchow i. Meckl. Tel. 44.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstraße 4. Tel.: Platzburg 9831
Fornasprecher: Norden 65 25 u. 65 26
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Möbel u. Hausrat
in schlichten Formen und gediegener Ausführung
HERRENZIMMER SPEISEZIMMER
Schlafzimmer Küchen Einzeilmöbel
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung
Haus und Hausrat Gildenhall G. m. b. H.
Verkaufsstellen: Berlin W., Königin-Augusta-Str. 21 an der Potsdamer Brücke
Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 41/42
Charlottenburg, Bismarckstraße 85

Küchen
roh emailliert
Küche Lotzchen 42 M. 80 M.
Hermine 85 " 135 "
Küchenwahl roher, lack., lackiert. Küchen und einzelner Küchens- und Kleiderschränke
Küchenmöbel-Fabrik
Joseph Himmel
Lothringers Str. 22 (Schloßhaus Ter)
Berliner Uik-Trio
Neukölln, Labustr. 74/75

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
In den gediegensten Ausführungen
Preisliste gratis!
Ues. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriepark 30
W, Passauer Straße 12
Bei Verlust werden die von mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preise zurückgegeben.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.